

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Boten  
frei ins Haus monatlich 30.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und die Auswärtigen Anzeigebüros  
entgegen. — Erscheint wochentags.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.  
Telegraphischer Anzeiger Erzgebirge.

Abonnement: Durch unsere Boten  
frei ins Haus monatlich 30.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und die Auswärtigen Anzeigebüros  
entgegen. — Erscheint wochentags.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.  
Telegraphischer Anzeiger Erzgebirge.

Nr. 195

Dienstag, den 22. August 1922

17. Jahrgang

### Mitteleuropas Verzweiflung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn Konferenzen und Verhandlungen die Welt hellen könnten, dann müßte sie schon längst wieder sich eines kräftigen Gesundheitszustandes erfreuen. Bisher aber ist noch immer die Folge jeder neuen Konferenz oder Besprechung die gewesen, daß sich der Optimismus danach nur noch verstärkte. Wenn auch an sich die Reise der beiden Ententebelegierten Maucier und Bradbury nach Berlin keineswegs als unglücklich angesehen werden darf, so ist dennoch ein günstiges Ergebnis der Besprechungen mit ihnen, welche gestern in Berlin begonnen haben, sehr fraglich. Alles hängt davon ab, was die beiden Herren wollen. Die Reparationskommission wollte ja schon einmal in Berlin, nach ihrer ist das Garantiefomitee hier gewesen. In beiden Fällen wurden die Herrschaften mit Auskünften und mit Material versehen, aus denen sie aber nichts Wichtiges zu machen verstanden haben. Wenn jetzt die beiden Vertreter der Reparationskommission sich über den Stand der Dinge in Deutschland für eine neue Entscheidung der Reparationskommission ehrlich unterrichten wollen, dann könnten sie nicht ohne die Einsicht Berlin verlassen, daß wir einer langen Atempause bedürfen. Deutschlands Währung und Wirtschaft ist durch die Goldzahlungen und die unproduktiven Besatzungskosten vollkommen zerrüttet. Wir haben immer getan, was man von uns forderte. Post und Eisenbahn wurden nicht mehr bezuschußt. Man erhöhte die Tarife, um den Fehlbeitrag auszugleichen. Die Lebensmittelzuschüsse wurden abgebaut. Neue Steuern und eine Zwangsanleihe sind geschaffen worden. Die Devisen sind zu einem starken Teile abgabepflichtig gemacht worden, und die Reichsbank hat man selbständig gemacht. Alles das hat garnichts geholt. Es war ein Schlag ins Wasser. Solange Deutschland gezwungen war, auf dem Weltmarkt fremde Devisen zu kaufen, sank die Mark rasend weiter. Damit ist der Beweis erbracht, daß es nicht an der deutschen Politik, sondern an der der Entente liegt, wenn Deutschland leistungsunfähig gemacht wird. Die besten Wirtschaftswissenschaftler der Entente haben ja das genau so von jeher betont, wie die deutschen Regierungsmänner. In der Reparationskommission ist man wahrscheinlich inoffiziell sich gleichfalls über unsere wahre Lage und ihre Ursachen vollkommen im Klaren. Aber man wagt nicht, Poincaré die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Man traut sich nicht ein langjähriges Moratorium zu bewilligen, und selbst ein kurzfristiges Scheinmoratorium möchte man an unmögliche Bedingungen knüpfen.

Wenn es wahr ist, daß die Reise der beiden Ententevertreter lediglich der Erörterung der Forderungen dienen soll, dann kann man garnicht pessimistisch genug in die Zukunft blicken. Die Times hat ja eine Art Programm für die heutigen Besprechungen entwickelt, aus welchem man erkennen kann, daß Poincarés Standpunkt auch in England Anhänger besitzt. Wir möchten hoffen, daß das englische Blatt nicht die wahren Pläne der Ententevertreter enthüllt. Denn danach sollen wir für die heutigen Verhandlungen sechs Monatswechsel geben, die die deutschen Großbanken garantieren sollen. Man will die Goldreserve des Reiches nach dem besetzten Gebiet verschleppen, und über die Bergwerke und Wälder des Rheinlandes will die Entente eine Kontrolle verhängen. Von einem Moratorium könnte danach nicht die Rede sein, und die aufgeführten Forderungen müßten die Mark noch weiter senken. Die Times berichtet allerdings noch von einer umfassenderen Regelung, welche Sir John Bradbury versuchen will. Es handelt sich dabei um die Vorschläge des Schatzkanzlers Horne, welche bekanntlich die Reparationsschuld in mehrere Abschnitte zerlegen wollen. Aber auch danach soll Deutschland jährlich 2 Milliarden Goldmark zahlen. Es ist nicht gesagt, daß die Reparationskommission als solche über diese Neuregelung verhandeln will, sondern offenbar handelt es sich dabei nur um einen englischen Vorschlag. Da aber dieser Vorschlag die Reparationsschuld effektiv kaum nennenswert herabsetzt, so vermag er auch nicht den Weg zu einer internationalen Umlage zu ebnen. Es ist natürlich an sich schon ein Vorteil, wenn man in Berlin nicht lediglich die produktive Diskussion über die produktiven Forderungen führt, aber die Voraussetzung wäre doch zunächst die grundsätzliche Einigung über ein langfristiges Moratorium. Dieses ist der Dreh- und Angelpunkt der ganzen verzweifelten Lage Deutschlands, und Aufgabe und Pflicht der Reichsregierung ist es, den fremden Delegierten klarzumachen, in welche Verlegenheit das deutsche Volk durch die Marktenwertung geraten ist. Auch die produktiven Schlüsse verfügen nur über Scheingewinne. Wenn sie ihre Entlastung auf die Goldbasis umrechnen, bleiben alle weit hinter den Einnahmen der Friedenszeit zurück. Die Verzweiflung im

deutschen Volk legt sich aber nicht aus Produzenten, sondern aus Festbesetzten zusammen. Keine der letzten Gehalts- oder Löhnerhöhungen hat auch nur im entferntesten die Geldentwertung und Preissteigerung auszugleichen vermocht. Die Verlegenheit geht darum mit Riesenschritten vorwärts. Das sollte man einmal den fremden Herrschaften häßlichst belegen.

Wohin Deutschland bei der Fortdauer solcher Zustände gerät, zeigt erschreckend das Beispiel Oesterreichs. Es trifft sich gut, daß gleichzeitig in Berlin der österreichische Bundeskanzler Seipel eintrifft. Auch hinsichtlich Oesterreichs hat die Entente zwar alles getan, um dieses unser Bruderland schuldig werden zu lassen. Man hat es aber dann seiner Pein überlassen. Jetzt diskutiert man in dreifacher Verhöhnung aller Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte die Aufteilung des unglücklichen Landes über ihre Vorbereitung durch eine Fokunion. Davon kann und darf natürlich keine Rede sein. Die Entente hat vielmehr die Pflicht, dem von ihr so schlimm verurteilten Lande zu helfen. Die Reise des Bundeskanzlers soll ein Warnungssignal sein. Dieses Warnungssignal müßte aber auch in Bezug auf Deutschland an die Ententebelegierten weitergegeben werden. Die bisherige Politik der Entente hat systematisch dazu geführt, Mitteleuropa zur Verzweiflung zu treiben. Es ist jetzt vielleicht die letzte Stunde für eine Umkehr!

### Die Reparationsverhandlungen. Bradbury und Mauciere in Berlin.

Die von der Reparationskommission zu unmittelbaren Verhandlungen mit der deutschen Regierung entsandten Mitglieder Bradbury und Mauciere sind in Berlin eingetroffen. Bradbury hatte nach seiner Ankunft noch eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter. Gestern um 12 Uhr vormittag haben Bradbury und Mauciere dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet. Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am Nachmittag im Reichsfinanzministerium. Ihre politische Leitung hat sich Dr. Wirth vorbehalten. Die Spezialverhandlungen werden im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hermes geführt. Von deutscher Seite werden an ihnen außerdem Staatssekretär Eymson vom Auswärtigen Amt, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium und Staatssekretär Müller vom Ministerium für Wiederaufbau, ferner der Staatssekretär a. D. Bergmann und — wie schon angekündigt — der deutsche Botschafter in Paris Dr. Maher teilnehmen. Ueber das, was die beiden Mitglieder der Reparationskommission bei den Berliner Verhandlungen vorschlagen und fordern werden, und über Vorschläge, welche angeblich die deutsche Regierung ihrerseits vorbereitet hat, sind in der französischen und englischen Presse Mitteilungen enthalten gewesen, welche durchweg auf Kombination beruhen müssen, da die entscheidende vorbereitende Besprechung auf deutscher Seite unter dem Vorsitz des Reichskanzlers erst gestern vormittag eine Stunde vor dem Besuch der beiden Delegierten der Reparationskommission bei Dr. Wirth stattgefunden haben. Inhalt und Umfang der Verhandlungen werden sich erst im Verlauf der Diskussionen erkennen lassen.

### Fünf verschiedene Vorschläge.

Die Times melden aus Paris: Der Mittelpunkt des Interesses sei für den Augenblick nach Berlin verlegt, wo die Delegierten der Reparationskommission versuchen, einen Mittelweg zu finden, doch sei wahrscheinlich, daß während der Abwesenheit Bradburys und Maucieres in Paris eine rege diplomatische Tätigkeit entfaltet werde. Dem Berichterstatter zufolge werden in Berlin etwa folgende Ideen entwickelt werden:

1. In Wirklichkeit würde Deutschland kein Moratorium gewährt werden, aber Belgien, das vertragsmäßig auf die Reparationen eine Priorität zu fordern habe, werde statt Bargeld sechsmonatige Wechsel nehmen, die von Deutschland auf die sogenannten D-Banken, nämlich die Dresdner Bank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft und Darmstädter Bank gezogen seien. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken für diesen Plan zu haben sein würden.

2. Anders Kreditoperationen, welche auf dem Grundlag der Geldaufnahme auf besondere deutsche Werte beruhen würden, könnten die Lage möglicherweise teilweise bessern. Obgleich Bradbury selbst immer erklärt habe, alle derartigen Operationen bedeuteten in Wirklichkeit, daß Krediten der Alliierten — Krediten gegenüber Deutschland — damit die „Augen herausgenommen“ würden.

3. Die Goldreserve des Reiches müsse von der Reichsbank nach dem besetzten Gebiet gebracht und von den Alliierten als Pfand angesehen werden. Da sie eine Milliarde Goldmark betrage, würde sie ein ebenso wertvolles Pfand darstellen wie die Bergwerke und Wälder.

4. Eine Art der Kontrolle von Bergwerken und Wäldern, wie sie Frankreich auf der Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, würde vielleicht von der Reparationskommission immer noch zugestanden werden, vorausgesetzt, daß der Poincaré'sche Plan genügend abgeändert werde, um diesen für die deutsche Regierung annehmbar zu machen.

5. Eine umfassendere Regelung würde, wenn sich die Gelegenheit dazu biete, von Bradbury mit der deutschen Regierung erörtert werden. Dies würde, sofern diese Regelung für durchführbar erachtet werde, den augenblicklich gestellten Forderungen nach produktiven Pfändern untergeordnete Bedeutung geben.

Der Berichterstatter teilt mit, daß es sich bei dieser umfassenden Regelung darum handle, die deutsche Schuld in zwei Abschnitte zu teilen. Dabei käme eine Jahreszahlung von beispielsweise 2 Milliarden Goldmark in Betracht, zahlbar während 30 Jahren (auch von einer 20jährigen Waise sei die Rede gewesen). Der andere Plan schlägt eine nach 30 Jahren zahlbare Grundsumme von 100, möglicherweise 110 Milliarden Goldmark vor.

### Zur deutsch-französischen Annäherung.

Die augenblicklich in aller Welt erörterte Frage der Annäherung Frankreichs an Deutschland und der möglichen direkten Verhandlung in der Reparationsfrage hat in London doch mehr Beunruhigung geweckt, als englische Blätter es glauben machen wollen. Beunruhigung jedenfalls insofern, als ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland willens ist, auf diese neueste Methode Poincaré'scher Politik einzugehen und die englische Position dadurch zu verschlechtern. In der Sache selbst fürchten die Engländer diese Annäherung nicht, denn sie ist nach ihrer Meinung nur zu verwirklichen, wenn Deutschland den Poincaré'schen Forderungen gatt nachgibt. Verkannt wird aber nicht, daß in Berlin eine Stimmung vorhanden zu sein scheint, welche die Regierung in diesem Sinne beeinflussen will. Sollte wider Erwarten die deutsche Regierung in welchem Maße nachgeben, so wird England sich ganz von der Reparationsfrage zurückziehen und sich darauf beschränken, seine Forderungen einzuziehen.

In der Pariser Presse wird die Frage einer Annäherung Frankreichs an Deutschland auf Wunsch der Regierung sehr zurückhaltend, im allgemeinen nur in Berliner Telegrammen behandelt. Perinax hat seinem Artikel im Echo de Paris sogar die bezeichnende Ueberschrift: Eine unabhängige Politik bedeutet keinen Bruch mit England. Perinax führt aus, daß nach dem Verschwinden von Rußland und da keiner der neuen slavischen Staaten in Mittel- und Osteuropa wirklich stark sei, Frankreich eines Tages doch zwischen England und Deutschland wählen müsse, und zwar dann, wenn dieses sich von seiner Niederlage wieder erholt hätte. Frankreich sei noch für einige Jahre — deren Zahl von der Dauer des deutschen Chaos abhängig — der Hegemonie sicher, welche sich auf seine militärische Organisation und sein gesundes Volk und den Bestand stütze, welchen die neugebildeten Staaten bei ihm finden. Selbst ohne Hilfe Englands, welches, wie Perinax behauptet, jeder Handlung auf dem Kontinent unfähig sei, könnte Frankreich die Grundsteine des Versailler Vertrages stellen und sie auch der Annäherungspolitik zum Fundament machen. Nur von diesem Gesichtspunkt aus müsse man die praktischen Vereinbarungen mit Deutschland ins Auge fassen, welche allerdings keine intime politische Zusammenarbeit einschließen dürften. Wenn Frankreich heute größere Handlungsfreiheit verlange, so geschähe das nicht, um die Entente zu stärken, denn die Geschichte des verflochtenen Jahrhunderts und der letzten Jahre habe gezeigt, daß man sich in England bestimmen und verstehen werde, daß ein Aufgeben der berechtigten Wege die Wiederherstellung der germanischen Aggressivkräfte bedeute, und daß Frankreich vielmehr auf einen Weg gedrängt werden könnte, welcher es von seinen Verbündeten endgültig trennt. Die Annäherungspolitik Frankreichs bedeute nicht das Suchen neuer Freundschaften, sondern nur die Bewaffnung eines unauferlässigen Nachbarn.

ung.  
Ingeß  
(st)  
Wirkung vom  
00 001.  
00  
abgeschlossen  
gegen weniger.  
so Ungeß  
Sie haben  
beizubringen.  
wird der Ver  
geleht.  
00 001.  
00  
00 001.  
00  
00  
Gemeinden  
mannschaft  
002.  
g. l.  
g. E.  
ung  
47  
arzgeb.  
et  
en  
blatt  
motor,  
t. Angebote  
latt erbeten.  
ddgen  
u. gute Kost.  
aberg,  
anke!!